

Dilemma in Frankreichs Europa - Politik

Präsidentenwahlen sind in Frankreich die Stunde der Wahrheit. So realisieren diesmal viele Franzosen, wie sehr Deutschland in der EU das Sagen hat und befürchten, eine gesteigerte Supranationalität werde der Machtpolitik eines wieder zur Hegemonie erwachten Deutschland nützen. Aus diesem Zwiespalt heraus verzichtet Delors auf die Präsidentschaftskandidatur und macht das Stimmvolk unsicher

Die **Kampagne der französischen Präsidentschaftswahlen** nächstes Frühjahr läuft bereits auf Hochtouren. Bei den zahlreichen Kandidaten steht Jacques Delors im Mittelpunkt. Damit wird erneut der Zwiespalt, wie er sich an der Maastricht-Abstimmung bezüglich der Haltung gegenüber dem supranationalen Brüssel gezeigt hat, aktuell.

Die **Furcht vor Deutschland**, das mit einer Wahl Delors als französischer Staatspräsident seine Prädominanz in der EU weiter ausbauen könnte, hat die politisch massgebenden Kreise in Frankreich erneut vor ein unlösbares Dilemma gestellt. Welches Programm soll man als Präsidentschaftskandidat befürworten: das von Delors inspirierte Maastricht und der damit verbundene Ausbau des supranationalen oder eine Aufweichung der EU in Richtung de Gaulles Europa der Vaterländer?

Indifferenz des Volkes

Für viele Franzosen sind Brüssel, die Supranationalität und Europa Dinge, die sie vom Ideellen her wenig berühren. Sie empfinden das, was von der Kommission in Brüssel kommt, eher als lästig, bürokratisch, unproduktiv und viel zu teuer. Wären es nicht die Medien, die Kandidaten, die Parteien und Politiker, die davon reden, dann würde die EU vornehmlich mit negativen Dingen identifiziert: Fischfang, Landwirtschaft, Benachteiligung bei der Verteilung der Gelder aus dem europäischen Entwicklungsfonds usw.usf. Was die Franzosen wirklich beschäftigt sind Arbeitslosigkeit, eine bessere Wirtschaftsentwicklung, Sicherheit vor der wachsenden Kriminalität, Fürsorge und Alterssicherung, insbesondere wie die islamische Unterwanderung unter Kontrolle gebracht werden kann. Das Dilemma für jeden Kandidaten, insbesondere Delors wird sein, die Antworten auf die Europafrage und die anderen Probleme auf einen glaubwürdigen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Supranationalität eine französische Erfindung

Anfänglich betrachteten die Franzosen die europäische Integration als das ideale Mittel, Frankreich trotz dem verlorenen Krieg gegen

Deutschland in der von de Gaulle den anderen Siegermächten abgezwungenen Stellung als gleichberechtigter Partner zu verankern. Sicher ging es ihnen auch um den Aufbau eines Systems, das in Europa auf "ewige Zeiten" einen Krieg mit Deutschland verunmöglichlichen sollte. Man sprach von einem "Einbinden" Deutschlands in das von den Franzosen konzipierte und dominierte supranationale Gebilde in Brüssel.

Die Dinge haben sich inzwischen anders entwickelt. Anstatt ein **machtpolitisches Gleichgewicht in Europa unter französischer Führung**, ist, wie das Staatspräsident Mitterrand in einem Zeitungsgespräch zugab, **Deutschland** zur dominierenden Macht in Europa herangewachsen. Gleichzeitig wurde die supranationale Konstruktion in Brüssel durch das Abkommen von Maastricht vom wirtschaftlichen auf politische und militärische Belange ausgedehnt. Damit wird die EU zum idealen Instrument für machtpolitische Ziele.

Allerdings werden von Deutschland solche Ziele bestritten. Man wolle die Verantwortung für den Aufbau eines neuen Europas gemeinsam mit Frankreich als vollwertigen Partner tragen. Neuerdings spricht zwar Bundeskanzler Kohl nur noch von der "Verantwortung Deutschlands für Europa" und zwar ein Europa weit über die Grenzen der gegenwärtigen EU hinaus. Bezeichnend ist auch, dass der **anfängliche Widerstand Deutschlands gegen die Supranationalität proportional zur Zunahme der eigenen Stärke** abnimmt. Für viele Politiker ist diese das geeignete Instrument, um die tief im deutschen Volk verwurzelte Idee eines starken "**deutschen Europas**" zu verwirklichen. Historisch eine durchaus logische Folge.

In die gleiche Richtung geht der Vorschlag des CDU-Parteivorsitzenden Schäuble, den weiteren Ausbau der EU mit verschiedenen Geschwindigkeiten vorzusehen: rascher für einen kleinen inneren Kern der ursprünglichen, gemeint sind wohl der massgebenderen Mitglieder und langsamer für die übrigen, später dazugestossenen Länder. Bei dem inneren Kern stehen **Deutschland und Frankreich** an der Spitze. Diese von de Gaulle und Adenauer begründete Partnerschaft stiess im Laufe der Jahre zunehmend auf Vorbehalte von beiden Seiten. Das war auch der Grund, warum sich de Gaulle gegen eine allzu supranational ausgeprägte Gemeinschaft wandte und dem Europa der Vaterländer den Vorrang gab. Als erfahrener Staatsmann wusste er ganz genau, dass es zwischen zwei Staaten verschiedener Stärke auf die Dauer kein echte Partnerschaft geben kann!

Das Erwachen Frankreichs

Das Erwachen Frankreichs aus dem "schönen Traum" der Kontrolle

Deutschlands durch supranationale Gebilde in Brüssel ist nicht auf einmal gekommen. de Gaulle pflegte zu sagen, warum sich einem supranationalen Gebilde unterstellen, wenn die Gefahr bestehe, die französische bzw, zumindest eine gleichberechtigte Kontrolle darüber zu verlieren. Die Nachfolger de Gaulles blieben entweder auf seiner Linie, wie Pompidou und neuerdings Balladur, oder dann wie Giscard und Mitterand, die aus reiner Profilierungssucht als die Erbauer des neuen Europas ein supranationales Europa befürworteten. Dabei geflissentlich das **Heranwachsen der deutschen Macht** übersehen. Dafür sprechen sie desto mehr von der Partnerschaft mit Deutschland, die besonders von Mitterand zu einem über jeder Kritik stehenden Mythos für ein neues Europa emporgehoben wurde; dabei bewusst die häufigen und schwerwiegenden Unstimmigkeiten zwischen den beiden Ländern verschwiegen werden.

Das wirkliche Erwachen kam mit der Abstimmung über Maastricht, wobei der Streit nicht nur durch die verfassungspolitischen Manipulationen des Präsidenten ausgelöst wurde, sondern vor allem durch eine sich im ganzen Volk ausbreitende Unruhe über die angeblichen Wohltaten des gemeinsamen Marktes: Arbeitslosigkeit, die anhaltende Rezession, die teilweise deutlich zutage tretende Verödung bester landwirtschaftlicher Gebiete, der Zustrom von Flüchtlingen aus anderen EU-Staaten und über diese aus Drittstaaten, die Abwanderung französischer Industrien nach sozialen Billiglohnländern der EU, wie Irland, Spanien, Portugal, Italien und Griechenland, die dumpingartige Konkurrenz durch die Produkte und Dienstleistungen der anderen EU- Staaten oder solche, die über diese aus der ganzen Welt zum Nachteil der einheimischen Produktion eingeführt werden.

Besonders empfindlich reagieren viele Franzosen auf den von der Freizügigkeit des Binnenmarkts geförderten **Immobilien-Ausverkauf** in zahlreichen landschaftlich und von der noch vorhandenen Lebensqualität her besonders attraktiven Regionen. Auch der zunehmende Aufkauf von Firmen, Industrieanlagen, Geschäftshäuser, traditionellen Produzenten französischer Spitzenprodukte(Mode, Parfümerie, Kosmetik, Wein, Käse und andere Delikatessen), Restaurants, Hotels, Schlösser und Herrschaftshäuser jeder Größe erfüllen viele Franzosen, gerade auch des Mittelstandes in der Provinz, mit einer offen zutage tretenden Wut gegen Brüssel. Besonders auch deshalb, weil über Bürger und Firmen der anderen EU-Staaten Käufer und Händler aus aller Welt von diesem äusserst lukrativen Geschäft profitieren.

Die Maastricht-Abstimmung hat aber noch etwas anderes zutage gefördert: die durch drei blutige Kriege Ende des letzten und im

Laufe dieses Jahrhunderts aufgespeicherte Angst vor einem übermächtigen Deutschland! Dem einfachen Franzosen, aber auch vielen Politikern und Intellektuellen kann diese Angst nicht ausgeredet werden. Das Misstrauen gegenüber neu erwachenden deutschen Hegemoniesbestrebungen ist heute stärker denn je - sogar bei weiten Teilen der Jugend, auch wenn diese weniger Sinn für die historischen Zusammenhänge manifestiert.

Schliesslich lässt der tief sitzende **Nationalstolz des Franzosen** die deutsche Besetzung während dem letzten Weltkrieg nicht so leicht in Vergessenheit geraten. Die neuerdings aufgedeckte Rolle des Staatspräsidenten bei der Vichy- Regierung hat ein viel breiteres Echo gefunden als man es nach den grossartigen Erklärungen, man müsse jetzt einen Strich unter die Vergangenheit ziehen, erwartet hat. Die Nichteinladung von Bundeskanzler Kohl an der Feier in der Normandie ist ein weiteres Signal für die wirkliche Einstellung der Franzosen. Die weltweit anerkannte wirtschaftliche und damit auch politische Macht Deutschlands stört den Ehrgeiz der führenden Schichten genau so stark, wie den Mann und die Frau von der Strasse.

Ratlose Kandidaten

Die Stimmung in Frankreich kann heute auf einen ganz einfachen Nenner gebracht werden: man ist für ein neues und geeintes Europa, aber man hat grosse **Zweifel** an einem **supranationalen Europa**, wenn dadurch die bereits jetzt bestehende Uebermacht Deutschlands noch mehr gestärkt wird. Am liebsten hätte man - dabei geht es den Franzosen gleich, wie uns Schweizern - die wirtschaftlichen Vorteile eines grossen Marktes, ohne alle die damit verbundenen bürokratischen Umtriebe, die Gefahren für die eigene Wirtschaft und das politische Prestige in Kauf nehmen zu müssen. Kein Wunder, dass die verschiedenen Präsidentschafts- Kandidaten nicht wissen, was sie tun und sagen sollen.

Chirac als Gaullist ist gezwungen, von einem neuen Referendum betreffend Maastricht zu sprechen, Balladur ist weder für einen Ausbau des supranationalen, noch für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, obwohl beim heutigen Stand der Dinge beides miteinander nicht leicht vereinbar ist. Sogar Delors fängt an von einer Förderung der Regionen als Grundsteine eines neuen Europas zu sprechen. Ob daraus im Laufe der Wahlkampagne eine neue Form des Europas der Vaterländer wird oder ob er die Demokratisierung im Institutionellen sucht, ist zur Zeit noch sehr verschwommen. Einzig de Villiers hat es leicht indem er klar an seiner Ablehnung von Maastricht und einem Abbau aller supranationalen Elemente festhält und am liebsten zu einer einfachen Freihandelszone zurückkehren

möchte. Das ist wohl auch der Grund, warum er in so kurzer Zeit soviel Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte.

Lehren für die Schweiz

Für die Schweiz stellt sich die Frage, ob es wirklich einen Sinn hat, den Beitritt zur EU zu forcieren. In einem Zeitpunkt, in welchem das Land, welches die Idee eines supranationalen Europas konzipiert hat und massgeblich an seiner Realisierung beteiligt war, in Lichte der Erfahrungen ernsthaft an der Richtigkeit seiner bisherigen Europapolitik zweifelt. Mit ziemlicher Sicherheit kann schon heute vorausgesagt werden, dass die weitere Entwicklung des supranationalen Europas durch zunehmend **härtere innere Machtkämpfe der EU** gekennzeichnet sein wird. Als kleines Land hätte die Schweiz da nicht viel zu sagen. Auch nicht zusammen mit den anderen Kleinstaaten. Man würde nur in Händel hineingerissen, die angesichts des seit den Parlamentswahlen in den USA zu erwartenden Isolationismus weltweite Auswirkungen haben und damit unsere Stellung eines weltoffenen Landes schwer beeinträchtigen könnten.

Als ein blockfreier, neutraler und unabhängiger Staat wären wir viel besser in der Lage, unsere traditionelle Vermittlerrolle auszuüben. Seit dem Ja der Schweden zur EU sind wir bald ohnehin das einzige Land, dem dafür weltweit das Vertrauen entgegengebracht wird. Anstatt über unsere sogenannte "Isolierung" zu jammern, würden wir besser daran tun, uns auf diese Vermittlerrolle, die in Zukunft beim Stand der Dinge auf der Welt mehr denn je gefragt sein wird, wieder besser vorzubereiten. Dazu gehört die Bewahrung unserer Vertrags- und Handlungsfähigkeit (treaty making power) sowie der Wiederaufbau des infolge eines übertriebenen Multilateralismus vernachlässigte weltweite Netz bilateraler Beziehungen. Für diesen Weg braucht es Mut, viel mehr Entscheidungskraft als bisher bei Bundesrat, Verwaltung und Parlament und eine neue Klasse fähiger Mitarbeiter in unserem diplomatischen und konsularischen Korps, die nicht nur von wichtigen Posten in internationalen Organisationen träumen, sondern die bereit sind, in den einzelnen bilateralen Partner-Länder der Schweiz durch eine konstante, sorgfältige, oft auch mühselige, dafür umso verdienstvollere Kleinarbeit Beziehungen zu knüpfen und Vertrauen zu schaffen. (FW 14.11.94)